

(27.01.2016 – 10.02.2016)

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

10.02.2016 - Sanierungsbedarf bei Brücken und Straßen: Landesregierung setzt Prioritäten konsequent auf Erhalt vor Neubau

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag begegnet das Hessische Verkehrsministerium dem Sanierungsbedarf an Straßen und Brücken in Hessen mit der richtigen Strategie. „Wir GRÜNE setzen uns schon lange konsequent für Erhalt vor Neubau ein und sind froh, dass Verkehrsminister Tarek Al-Wazir diesen Ansatz konsequent vertritt“, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Karin Müller. „Der Sanierungsstau ist das Resultat jahrelanger, verfehlter Politik von FDP-Verkehrsministern. Statt den Bestand zu erhalten, gefielen sie sich im Durchschneiden roter Bänder. Hier wurde ganz klar am tatsächlichen Bedarf vorbei gebaut, statt in die dringend nötige Sanierung zu investieren.“

Der gestiegene Lastwagenverkehr, den Hessen als Verkehrsdrehscheibe zu bewältigen hat, und die Erhöhung beim Pendlerverkehr tragen dazu bei, dass Infrastruktur vorzeitig sanierungsbedürftig wird. „Die Koalition aus CDU und GRÜNEN begegnet diesem Defizit unter anderem mit der Sanierungsoffensive: Bis 2022 werden wir mehr als 80 Prozent der im Landeshaushalt für die Straßen vorgesehenen Investitionen in Instandsetzung stecken. Außerdem setzen wir auf nachhaltige Mobilität mit einem attraktiven ÖPNV und machen Hessen fahrradfreundlicher. Damit erhalten wir die Infrastruktur und sorgen außerdem für weniger Verkehr auf der Straße.“

„GRÜNE Verkehrspolitik setzt darauf, die Verkehrsmittel zu verknüpfen und so auch die Straße zu entlasten. Deswegen sind der ÖPNV und eine attraktive Nahmobilität, zu Fuß und mit dem Rad, ein unverzichtbarer Bestandteil kluger Verkehrspolitik. Weniger Beanspruchung der Straßeninfrastruktur sorgt für weniger Sanierungsbedarf in der Zukunft.“

Kreisverband

10.02.2016 - CDU fehlen die Themen

„Die CDU von Norbert Wett verkrampft zunehmend. Anstatt Themen zu diskutieren, werden wilde Behauptungen und Hörensagen hochgespielt. Das ist nicht in Ordnung.“ bewertet Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen die Aussagen zur geplanten Unterkunft in der ehemaligen Druckerei Schanze. „Die Fraktionen hatten sich im Stadtparlament auf den

fortlaufenden Austausch mit dem Magistrat zu den Entwicklungen beim Thema Flüchtlinge verständigt. Es ist bedauerlich, dass Norbert Wett und die CDU auch diesen Konsens nun verlassen.“

Der Magistrat hatte in der Vergangenheit regelmäßig Auskunft über Zuweisungen des Landes, Projekte in den Stadtteilen und Finanzfragen gegeben und einen offenen Umgang mit dem Thema Flüchtlinge gepflegt. „Ein Grund, warum wir als Stadt im bundesweiten Vergleich so gut aufgestellt sind, liegt auch in der vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit der Akteure.“ Ist Mijatovic sicher. „Norbert Wett scheint an dieser guten Situation wenig Interesse zu haben. Seine Versuche, das Thema Flüchtlinge zu skandalisieren, scheitern an der guten Realität in der Stadt Kassel.“

Rathausfraktion

10.02.2016 - 51 Millionen Euro Überschuss – ein Erfolg dieser Stadt

„Ein Überschuss in dieser Größenordnung übertrifft deutlich unsere Erwartungen für das Jahr 2015“, freut sich Dorothee Köpp, haushaltspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. „Dieser Erfolg gehört der ganzen Stadt: den Bürger*innen und Unternehmen, die mit ihrem Einsatz für wirtschaftliche Erfolge und hohe Steuereinnahmen sorgen, der Stadtverwaltung, die ihre Aufgaben stets mit großer Ausgabendisziplin erfüllt und der Stadtpolitik, die den richtigen Grad zwischen Investitionen in die Zukunft und Zurückhaltung aufgrund weiterhin hoher Schulden gefunden hat.“

Darüber hinaus seien auch die erhöhten Schlüsselzuweisungen des Landes Hessen für dieses Ergebnis verantwortlich. „Da bleibt kein Raum für Schwarzmalerei und Gemähre. Die erfolgreiche rot-grüne Stadtpolitik fördert und umrahmt die Wirtschaftskraft unserer Stadt und das Ergebnis kann sich sehen lassen: fast 26 Millionen Euro Zuwachs an Gewerbe- und Einkommensteuer.“ Ein ganz besonderer Dank gelte den Kasseler Bürger*innen, die in der Vergangenheit mit Verständnis und Weitblick auch unpopuläre Konsequenzen des Schutzschirms mitgetragen haben.

Damit hat der städtische Haushalt Kassels nun im dritten Jahr ein positives ordentliches Ergebnis und damit gleichzeitig die Voraussetzungen erfüllt, um aus den Schutzschirmvertrag mit dem Land Hessen herauszutreten. Ein Ausscheiden aus dem Schutzschirm verschafft der Stadt (wieder) Eigenständigkeit, jedoch bleibt sie für die Zukunft zur

Beachtung der Schuldenbremse verpflichtet. Der aktuell hohe Überschuss bedeutet also keine „Lizenz zum Geldausgeben“. Insbesondere darf nicht vergessen werden, dass die Stadt Kassel weiterhin einen Schuldenberg von rund 485 Millionen € vor sich her schiebt. Es ist daher sinnvoll, ein Großteil des Jahresüberschusses zur Schuldentilgung zu verwenden.

Rathausfraktion

09.02.2016 - Fanprojekt unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene

„Die Umsetzung des Fanprojektes Kassel wird richtig gut vorbereitet“, blickt der sportpolitische Sprecher der grünen Rathausfraktion auf die Diskussionsveranstaltung am kommenden Donnerstag in Eppos Clubhaus. „Auf dem Podium werden sehr erfahrene Gäste erwartet. Da haben die Veranstalter eine tolle Arbeit gemacht.“ Michael Gabriel sei ein Urgestein der Koordinierungsarbeit seit über 20 Jahren. Thomas Schneider kommt gebürtig aus Nordhessen und ist heute Leiter der Fanangelegenheiten beim DFB. Der Buchautor Jonas Gabler verfügt über eine hohe Fachkompetenz für Fankulturen. „Mit dieser geballten Ladung Input werden wir das Fanprojekt Kassel gut auf den Weg bringen“, ist sich Mijatovic sicher.

„Die Einrichtung eines Fanprojektes ist unabhängig von der Ligazugehörigkeit des Vereins zu begrüßen“, sagt Mijatovic. „Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene bietet ein Fanprojekt einen sozialen Rahmen, an dem sich orientiert und im Zweifel Unterstützung abgeholt werden kann. Für die Fankultur in der Stadt ist ein Fanprojekt zweifelsohne ein großer Gewinn.“

Ziele des Kasseler Fanprojekts seien unter anderem eine gewalt- und drogenfreie Umgebung in den Fußballstadien und bei Auswärtsspielen. Die Stadt Kassel hat hierzu einen Betrag von 30.000 Euro im Haushalt 2016 eingestellt. Weitere 30.000 Euro kommen vom Land Hessen und 60.000 Euro seitens des Deutsch Fußballbundes. „Damit ist eine hohe Qualität in der künftigen Arbeit abgesichert und Kassel wird in die bundesweite Fußballlandkarte einmal mehr positiv aufgenommen“, sagt Mijatovic. Deutschlandweit ist die Arbeit von Fanprojekten bereits in über 50 Städten erprobt und bewährt. „Wir freuen uns, dass nach wiederholten Anträgen durch die grüne Rathausfraktion nun auch die SPD die Vorteile des Fanprojekts erkannt hat und mit uns für diesen Haushaltsantrag gestimmt hat“, so Mijatovic abschließend.

Rathausfraktion

08.02.2016 - Gewalt- und Straßendelikte gehen zurück, Sicherheitslage wird besser

„Wer angesichts der aktuellen Kriminalitätsstatistik immer noch von zunehmender Gewalt schwadroniert, betreibt Panikmache statt Aufklärung. Dank hervorragender Arbeit von Polizei und Justiz gehen Gewalt- und Straßendelikte zurück, die Aufklärungsquote steigt. Das sind gute Nachrichten in Zeiten, in denen die Ängste vieler Menschen unverantwortlich geschürt werden“, erklärt Dr. Andreas Jürgens, Sprecher für Recht und Sicherheit, für die grüne Rathausfraktion.

„Gefühlte Kriminalität kann niemand bekämpfen. Aber die reale Kriminalität wird immer erfolgreicher bekämpft. Unser Dank gilt allen Polizeibeamten und Staatsanwälten, die im letzten Jahr wieder für eine höhere Aufklärungsquote gesorgt haben“ gratuliert der Stadtverordnete. Diese Erfolge dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass zugleich die Wohnungseinbrüche und Ladendiebstähle zugenommen hätten. Hier seien eine erhöhte Wachsamkeit in Nachbarschaft und Verkaufsräumen sowie eine bessere Einbruchsicherung der Wohnungen gefordert, meint Jürgens.

„Ein Wahlkampfthema der CDU Kassel – mehr Videoüberwachung - ist allerdings an der Realität zerplatzt. Niemand kann alle Wohnungen videoüberwachen. Die Straßenkriminalität, die durch öffentliche Videokameras allenfalls erreicht werden könnte, geht aber zurück. Statt gefühlte Bedrohungen der Sicherheit herbeizureden, sollte die CDU mit der Justizministerin an ihrer Spitze die reale Sicherheitslage erläutern. Diese ist besser geworden im letzten Jahr, nicht schlechter“ so Jürgens abschließend.

Rathausfraktion

08.02.2016 - Nachfolgelösung für Eichendorff-Schule vernünftig

„Die baldige Schließung der Eichendorff-Schule ist vernünftig. Deshalb wird der Beschluss auch von der Schulgemeinde mitgetragen“, stellt der Faktionsvorsitzende der GRÜNEN, Dieter Beig, fest. Beig erinnert die CDU, die die Schließung kritisiert, an die schwarz-gelbe Landesregierung, die seinerzeit die Schließung einer Schule im Kasseler Osten bzw. Norden forderte. Wäre es nicht die Eichendorff-Schule gewesen hätte es eine andere Schule getroffen. So sei es in Abwägung aller Belange von Schülern und Eltern zu dieser Entscheidung gekommen. Es bleibt ein Geheimnis der CDU, wie sie mit zurück gehenden Schülerzahlen in der Zukunft umgehen wird. Kommunale Bildungsverantwortung zu übernehmen kann nicht bedeuten, den Kopf in den Sand zu stecken. Mit der Absicht, auf dem freiwerdenden Areal Wohnungen zu bauen, käme man einer Forderung nach mehr Wohnraum in Kassel nach. Beig: „Jetzt zu Handeln ist das Gebot der Stunde.“ Mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft habe man einen

Partner gefunden, der bereit sei, günstigen Wohnraum zu schaffen. Auch wenn dort teilweise Flüchtlinge untergebracht würden, was man zum derzeitigen Zeitpunkt noch gar nicht wisse, werde es Wohnraum sein, der für alle Bürger*innen dieser Stadt attraktiv werde.

Beig fordert die CDU auf, längst Beschlossenes zu akzeptieren und nicht mit billigen Wahlkampfparolen punkten zu wollen. Beig: „Verantwortliches Handeln der CDU bestünde darin, die rot-grüne Stadtregierung bei diesem Vorhaben zum Wohle aller Bürger zu unterstützen.“

Karin Müller, MdL

04.02.2016 - Erfolgreiches Bahn-Spitzengespräch – Neue Perspektiven für den Bahnverkehr in Hessen

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freut sich, dass das Bahnspitzengespräch erfolgreich war und neue Perspektiven für den Bahnverkehr in Hessen eröffnen konnte. Anfang Januar hat ein Spitzengespräch mit Ministerpräsident Volker Bouffier, Verkehrsminister Tarek Al-Wazir und dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn Dr. Rüdiger Grube stattgefunden. „Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Es wurden konkrete Verabredungen getroffen, Zeitpläne für verschiedene Bahnprojekte in Hessen festgelegt und Investitionssummen für die Zeit bis 2019 vereinbart“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der GRÜNEN. „Damit wird der Schienenverkehr als klima- und umweltfreundliche Alternative zum Straßen- und Luftverkehr gestärkt.“

Bis zum Jahr 2019 sollen 2,1 Mrd. Euro für Bahnprojekte im Bestandsnetz und den beschleunigten Netzausbau investiert werden. „Ein solides Schienennetz ist Grundlage für einen pünktlichen und zuverlässigen Zugverkehr. So stärken wir die Bahn gegen die Konkurrenz auf den Straßen und in der Luft.“

Neben Aus- und Neubauprojekten wurde beim Spitzengespräch auch das Thema Barrierefreiheit vorangebracht: „Ziel ist, bis 2025 möglichst flächendeckend die Bahnsteige stufenfrei zu erschließen. Das erhöht nicht nur die Mobilität von mobilitätseingeschränkten Menschen, sondern erleichtert auch das Leben von älteren Menschen, Eltern mit Kinderwagen und Radfahrerinnen und -fahrern.“ Darüber hinaus wurde auch das Thema Lärmschutz im Gespräch mit Herrn Grube noch mal konkretisiert. „Der Bahnlärm soll bis 2020 um die Hälfte reduziert werden. Dazu soll das Lärmsanierungsprogramm an den Strecken fortgesetzt werden und die Umrüstung der Güterwagen mit leisen Bremsen fortgesetzt werden. Das Land beteiligt sich an dem gemeinsamen Programm für ein Leises Mittelrheintal mit 1,9 Millionen.“

„Schwarz-Grün hat den Bahnverkehr in Hessen endlich aus seinem Dornröschenschlaf geweckt. Während der Vorgänger im Amt lediglich deklaratorische Signale an die Bahn sendete, sich ansonsten aber nicht groß um die Schieneninfrastruktur gekümmert hat, ist der grüne Verkehrsminister unermüdlich im Einsatz für den Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur.“

Nicole Maisch, MdB

02.02.2016 - Bundesregierung verharmlost Gefahr durch hormonell wirksame Stoffe

Anlässlich der heutigen Stellungnahme der EU-Kommission zum Urteil des Europäischen Gerichts bezüglich der Regulierung hormonell wirksamer Substanzen (Rechtssache T-521/14) sowie zur Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage „Auswirkungen und Regelungen von hormonell wirksamen Substanzen“ erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherschutz und Harald Ebner, Fachpolitiker für den Bereich Pestizide und Sprecher für Bioökonomie und Gentechnikpolitik:

Die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage ist sehr enttäuschend. Sie zeigt den politischen Unwillen der Bundesregierung, sich für bessere Schutzstandards für Menschen und Umwelt vor hormonell wirksamen Stoffen (Endokrine Disruptoren) einzusetzen.

Dies wäre aber dringend notwendig. Denn diese Stoffe können die menschliche Gesundheit und die Umwelt erheblich schädigen. Wissenschaftlich besteht daran kein Zweifel mehr. Die Weltgesundheitsorganisation spricht von einer globalen Bedrohung.

Die Bundesregierung fällt beim Schutz von Mensch und Umwelt vor hormonell wirksamen Stoffen hinter andere EU-Länder wie Frankreich oder Schweden zurück. Dringend notwendig wären ein nationaler Aktionsplan und ein Verbot von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen. Das haben auch die Verbraucherschutzminister der Länder gefordert. Auch gegen die drohende Zulassung von wahrscheinlich hormonell wirksamen Pestizidwirkstoffen rührt Minister Schmidt keinen Finger.

Die EU-Kommission versäumt es seit Jahren, einen offiziellen wissenschaftlichen Kriterienkatalog vorzulegen, um die Verwendung bestimmter hormonell wirksamer Stoffe auszuschließen. Die Festlegung solcher wissenschaftlichen Kriterien für Pestizide und Biozide, aber auch für Industriechemikalien oder die Inhaltsstoffe von Kosmetikprodukten ist von außerordentlicher Bedeutung und lang überfällig. Eine wissenschaftlich bereits erarbeitete Kriterienliste hat die Kommission unter fadenscheinigen Vorwänden 2013 wieder in der Schublade verschwinden lassen. Gegen diese Verschleppung hat Schweden zurecht und erfolgreich Klage eingereicht. Dass die Bundesregierung dieser Klage im Gegensatz zu Dänemark, Frankreich und den

Niederlanden nicht beigetreten ist, ist ein weiterer Beleg für ihre Tatenlosigkeit.

Anstatt in Brüssel Druck auf die Kommission zu machen, verteidigt die Bundesregierung deren Vorgehen und macht sich mit wissenschaftlich fragwürdigen Positionen zum Handlanger der Chemieindustrie. Wir fordern die Bundesregierung auf, alle nationalen Handlungsspielräume auszuschöpfen und endlich ihr politisches Gewicht in Brüssel für eine wirksame und zügige Regulierung dieser gefährlichen Stoffe einzusetzen.

Zum Hintergrund:

Substanzen, die in den Hormonhaushalt eingreifen, sind nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation WHO „eine globale Bedrohung“. Es herrscht ein breiter wissenschaftlicher Konsens, dass diese Endokrinen Disruptoren (ED) eine wesentliche Rolle bei steigenden Raten bei Krankheiten wie Missbildungen an Geschlechtsorganen, Krebs, Diabetes, Fettleibigkeit und verminderter Zeugungsfähigkeit spielen. Die Kosten, die jährlich dadurch in Deutschland entstehen, werden auf rund 100 Milliarden € beziffert. Bislang sind mindestens 800 Stoffe mit solchen Wirkungen bekannt, die in vielen Produkten des Alltags (etwa in Plastikspielzeug, Kosmetika und pestizidbelasteten Lebensmitteln) vorkommen.

Obwohl die Bundesregierung das Problem als „politisch prioritär“ einschätzt, tut sie bislang fast nichts, um Mensch und Umwelt vor den Gefahren durch hormonell wirksame Chemikalien zu schützen. Mehr noch: Deutschland trägt in Brüssel sogar dazu bei, eine wirksame Regulierung weiter zu erschweren. Dies zeigen die Antworten auf unsere Kleine Anfrage, die Sie anbei finden.

Rathausfraktion

01.02.2016 - „Wir werden uns weiter für mehr bezahlbaren Wohnraum einsetzen“

„Wir werden uns weiterhin für mehr bezahlbaren Wohnraum einsetzen“, erklärt Joachim Schleißing, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der grünen Rathausfraktion, „gerade weil sich Kassel gut entwickelt und an Attraktivität zunimmt.“ Größere Flächen wie zum Beispiel das Feldlager in Harleshausen zeigen, wie sich der Bedarf an Wohnraum, Ökologie und Ökonomie verbinden lassen. „Hier ergreift die Stadt ihre Chance auf den letzten größeren Flächen im Stadtgebiet Wohnraum zu schaffen.“

„Ein Blick auf die weiteren Bebauungspläne, die aktuell zur Diskussion stehen, zeigt jedoch, dass das weit größere Potential in der Entwicklung bestehender Flächen liegt.“ Dies seien beispielsweise das Burgfeldareal, das Martini-Quartier, die Wohnbebauung Campus Wolfsanger oder auch das

Areal an der Kupferhammerstraße. Darüber hinaus baue die GWG in der Bunsenstraße eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge, die nach dieser Nutzung einfach in bezahlbaren Wohnraum umgebaut werden könne. Weitere konkrete Schritte zur Erweiterung des Wohnungsangebots der GWG seien in Vorbereitung.

„Eine zusätzlich wichtige Unterstützung kommt von der Landesregierung, die sowohl die Wohnungsbauförderung erhöht, die Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt als auch die Mietpreisbremse beschlossen hat. Zusammen mit den vielen Investitionen von Privaten sehen wir der Wohnraumentwicklung in Kassel positiv entgegen.“ Die finanziellen Anreize zur energetischen Sanierung bieten ebenfalls gute Möglichkeiten, die Kosten für Wohnen auf einem fairen Niveau zu halten.

Rathausfraktion

28.01.2016 - Altmarktkreuzung ist eindeutige Verbesserung

„Die neue Altmarktkreuzung zeigt, wie eine gerechtere Aufteilung des Verkehrsraums für alle Verkehrsteilnehmer*innen möglich ist“, kommentiert Gernot Rönz, verkehrspolitischer Sprecher der grünen Rathausfraktion, die aktuelle Berichterstattung. „Die Kreuzung wird schon jetzt von Fußgänger*innen wesentlich mehr genutzt als vorher und für mobilitätseingeschränkte Menschen ist eine Querung erst jetzt überhaupt möglich. Das ist ein großer Erfolg und das ohne wesentliche Einschränkung des Autoverkehrs“.

Die Grünen erinnern daran, dass es in der Stadt auch eine rot-grüne Mehrheit für eine Lösung mit vier Überwegen für Fußgänger*innen gegeben hat, das Land als Mittelgeber aber nur einer Variante mit drei Überwegen zugestimmt hat. „Für uns ist die jetzige Lösung der bestmögliche Kompromiss, der ein hohes Maß an Barrierefreiheit geschaffen hat, den Radverkehr verbessert hat und das ohne den Verkehr lahm zu legen“, so Rönz.

Rathausfraktion

28.01.2016 - „Wir stehen für einen starken ÖPNV in Kassel“

„Die Grünen stehen wie keine andere Fraktion für einen starken ÖPNV in Kassel“, so Eva Koch, mobilitätspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. Mit der Überarbeitung des Bus- und Straßenbahnnetzes der KVG solle jetzt eine Anpassung an veränderte Randbedingungen erfolgen. „Wir wollen einen leistungsfähigen Nahverkehr, der möglichst gut an die Bedürfnisse der Kunden angepasst ist. Nur so lassen sich die Fahrgastzahlen steigern.“ so Eva Koch Die Grünen im Kasseler Rathaus sehen in der Bürgerbeteiligung eine Vielzahl positiver Aspekte.

„Auch wenn die Meldungen mitunter kritisch ausfallen, so ist unter dem Strich die Beteiligung der Bürger*innen für die KVG ausgesprochen wertvoll.“ sagt Koch. „Unter den mehr als 1000 Rückmeldungen seien sehr viele Hinweise, die den ÖPNV stärken.“

Die KVG sei nun am Zug, eine Anpassung ihres Reformvorschlages vorzunehmen. „Dieser Prozess läuft aktuell und sollte nicht seitens der Opposition abgebrochen werden“, sagte Koch. „Wir stellen uns der Diskussion, in den Ausschüssen, im Plenum oder auch auf einer Sonder-StaVo. Wichtig ist, dass der ÖPNV in Kassel weiterhin stark aufgestellt ist und die KVG mit einer zuverlässigen Rückendeckung aus dem Rathaus planen kann.“